

Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Name, Vorname: **Vollenwyder Martin**

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung Genossenschaftswohnung
 Eigentumswohnung Einfamilienhaus

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja Nein

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Die Prozentzahlen sind Moment-Aufnahmen. Wo möglich soll auf städtischem Land gemeinnütziger Wohnbau betrieben werden.

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Mit der Umklassierung der Wohnsiedlungen in das Verwaltungsvermögen konnte ein Meilenstein erreicht werden. Fiskalliegenschaften werden zudem - insbesondere die Gewerberäume - auch nicht zu Marktmieten vermietet

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Da die Stadt Zug dies mit zur Zeit noch im Landwirtschaftsland eingezonten Land getan hat, ist der Vergleich ungünstig. Mit solchen Auflagen wird auf längere Sicht kein Investor mehr in Zürich tätig.

Freiwillige Vereinbarungen sollen aber angestrebt werden (siehe Zollfreilager (studentisches Wohnen))

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Gerade Hotelnutzungen - mit eher niedrigschwelligen Berufen - sind zu fördern

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

PWG: Wurde wenn nötig schon gemacht ⇒ PWG ist selber heute sehr stark

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Koppelung scheint mir unglücklich. Häufig geht eine Sanierung nur wenn gekündigt werden kann

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Ein allzu rigides Mietrecht bremst die Investitionen - Deutschland hat in diesem Bereich ganz schlechte Erfahrungen.

